

land gewissermaßen veranlaßten, denn daß die Aufstellung der vereinigten englisch-französischen Flotte in der Bosphor blos eine Demonstration sein sollte, konnte man in Konstantinopel kaum glauben. Als die Pforte das russische Ultimatum, die allerletzte Aufforderung des Kaisers Nikolaus, abgelehnt hatte, erfolgte Anfangs Juli die Besetzung der Donaufürstenthümer durch die Russen, wodurch die Frage eine immer ernstere Gestalt annahm. Im August fanden alsdann die Wiener Konferenzen statt, auf welche man allseits die größten Hoffnungen setzte, denn die Kabinette von London und Paris waren nun, wo die Gefährlichkeit der Lage immer drohender hervortrat, ernstlich bemüht, den Frieden, welcher durch ihre frühere Politik auf das Spiel gesetzt worden war, noch zu erhalten, und die öffentliche Meinung in Europa forderte mit seltener Uebereinstimmung die Erhaltung des Friedens. Aber es war zu spät. In der Türkei waren inzwischen Elemente erstarbt, welche auf die Schritte der ottomanischen Regierung lähmend einwirkten und alle Berechnungen und Arrangements der Diplomatie vereitelten. Die Pforte lehnte den Wiener Vermittlungsentwurf ab, der Krieg wurde darauf Ende Septembers von beiden Seiten erklärt und zu Ende Octobers begannen an der Donau die Feindseligkeiten, die sich nun schon von Widdin an der Donau bis an die persische Grenze erstrecken.

England hat der orientalischen Frage gegenüber eine Politik befolgt, welche diesen Staat in der Achtung Europas unendlich geschwächt hat. Die Politik des englischen Premiers wechselte so oft und plötzlich, wie die Wetterfahne auf dem Kirchthurme, ihre Richtung. Heute drohte er mit Krieg gegen Rußland, morgen sprach er wieder von der Pacification der Türkei um jeden Preis, so daß nirgends ein Halt und ein Ruhepunkt gefunden werden konnte. Das englische Kabinett wagte nicht für Rußland sich zu erklären, und es fehlte ihm an guten Willen, die Türkei zu unterstützen. Der Grundgedanke der englischen Politik war: Zeit gewinnen, unberücksichtigt der in Folge der herrschenden Ungewißheit sich vermehrenden Stockung des Handels und Verkehrs.

Frankreich war in seiner orientalischen Politik durch England fortwährend gehemmt. Die innere Lage Frankreichs, welche nicht gerade zu den übergünstigsten gehört, mochte es dem Kaiser Louis Napoleon vielleicht nicht unerwünscht ersähen lassen, seine Krone mit dem Glanze des Kriegserubris zu umgeben, wozu ein entschiedenes Eingreifen in die orientalischen Verhältnisse am geeignetsten schien; allein ohne England ist dies nicht möglich, und Lord Aberdeen war nun einmal zu keinem entscheidenden Schritte zu bewegen.

Oesterreich hat in der orientalischen Frage unläugbar die achtungswürdigste Stellung eingenommen. Es hat sich der Türkei gegenüber nicht als Bundesgenosse gezeigt und der Pforte keine Vorspiegelungen von Unterstützungen gemacht, aber

es hat nach beiden Seiten hin, in Konstantinopel wie in St. Petersburg die Interessen des Friedens vertreten, dessen es freilich selbst überaus bedürftig ist. Eine Verallgemeinerung des Krieges würde Oesterreich in der Reorganisation seiner immer noch sehr schwankenden Geldverhältnisse um Jahrzehnte zurückwerfen. Wie ernstlich aber auch die erfolgte Neutralitätserklärung gemeint sein mag, die Verhältnisse werden es früher oder später doch in Verwickelung hineinziehen, wenn der neue Versuch, den ausgebrochenen Brand zu löschen, abermals fehlschlagen sollte.

Preußen steht der orientalischen Frage, wie sie jetzt noch liegt, allerdings so fern, daß es in der gegenwärtigen Lage war, sich seine Stellung bis jetzt nach allen Seiten hin offen zu halten.

Die Ereignisse in den anderen Ländern Europas sind der großen Weltfrage gegenüber, wie schon bemerkt, nur von geringer Bedeutung, so daß wir an denselben füglich mit Stillschweigen vorübergehen können.

In Deutschland hat die Auswanderungsfrage und die Lebensmittelfrage die Regierungen mannichfach beschäftigt. Die Ausführung des deutsch-oesterreichischen Zollvertrags vom 19. Februar ist von den beteiligten Regierungen in russischem Angriff genommen worden, und wenn die in Berlin stattgefundenen Zollvereinsconferenzen nicht die erwünschten Resultate gehabt hat, so liegt dies theils in der Verfassung des Zollvereins, theils in den sich in demselben schroff gegenüberstehenden Interessen der Zollvereinsstaaten. In Baden und in einem Theile des Königreichs Preußen sind bedauerliche Conflicte des katholischen Episcopats mit der Staatsgewalt ausgebrochen und haben zu unerfreulichen Ausritten geführt. Wie verheerlich auch immer derartige Conflicte auf die bürgerlichen und socialen, ja sogar häuslichen Verhältnisse einwirken mögen, so dar man ihnen doch keine größere Bedeutung beilegen als sie haben. In Baden handelt es sich zunächst nicht um Aufhebung eines Gegensatzes zwischen Katholicismus und Protestantismus, sondern um die Lösung einer großen Streitfrage, ob die Kirchengewalt der Staatsgewalt untergeordnet sein soll oder nicht. Es ist also jetzt in Baden derselbe Kampf entbrannt, den schon im Mittelalter die Päpstlichen Kaiser Deutschlands mit der römischen Curie führten.

Sachsen endlich, das theure Vaterland, ist in dem verwichenen Jahre durch die Hand der Vorsehung von besonderen Unglücksfällen und Catastrophen verschont geblieben, es haben sich mehr trotz dem, daß der politische Horizont Europas hier und da mit düstern Wolken bedeckt war und es noch ist, sein Wohlstand und sein Glück immer tiefer Wurzeln geschlagen, und der Adler seiner Hoffnung für die Zukunft ist daher auf einem guten Grund der Gegenwart ausgebreitet worden.

Die früheren gedehnten Zustände des Vertrauens zu der Regierung, des regen kräftigen